

21. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht der Zeitplan für den Neubau des Bundespolizeireviers am Bonner Hauptbahnhof aus, und an welchem Ort soll dieser Neubau erfolgen ([www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Wache-der-Bonner-Bundespolizei-ist-marode-article3595804.html](http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Wache-der-Bonner-Bundespolizei-ist-marode-article3595804.html))?

**Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke  
vom 28. Mai 2019**

Die ursprünglich geplante gemeinsame Unterbringung des Bundespolizeireviers (BPOLR) Bonn in einem so genannten „Haus der Sicherheit“ ist mangels Einigung der Deutsche Bahn AG (DB AG) mit der Stadt Bonn gescheitert. Im Nachgang konnte noch keine abschließende Lösung für die Unterbringung des BPOLR Bonn gefunden werden.

Im Juni 2018 hatte sich die Bundespolizei (BPOL) für einen Neubau in Modulbauweise im südöstlichen Bereich des Bahnhofsgeländes ausgesprochen. Wegen des zwischenzeitlich aufgetretenen Interesses eines Nahverkehrsverbandes an diesem Grundstück, stellte die DB AG die weitere Planung zunächst zurück. Mittlerweile hat die DB AG mitgeteilt, dass entgegen ihrer ursprünglichen Annahme ein dauerhafter Neubau an diesem Standort nicht zulässig sei.

Im Weiteren kommt für die Unterbringung des BPOLR daher voraussichtlich nur ein teilweiser Abriss der bisherigen Wache und die Errichtung eines Neubaus an gleicher Stelle in Betracht. Eine temporäre Unterbringung auf dem südöstlichen Gelände während der Bauphase muss von der DB AG noch geprüft werden.

Das nächste Abstimmungsgespräch zwischen BPOL und DB AG findet am 5. Juni 2019 statt. Ein konkreter Terminplan existiert noch nicht. Ergänzend erfolgt der Hinweis, dass die gegenwärtige Unterbringungssituation in Abstimmung mit der DB AG durch Sanierungsmaßnahmen in den Bestandsräumen im Jahr 2018 zumindest teilweise verbessert werden konnte.

22. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Aktivitäten fördert die Bundesregierung (als Arbeitgeberin bzw. Dienstherrin) den Dienst- und Ausgleichssport sowie weitere sportliche Aktivitäten in den obersten Bundesbehörden sowie in den drei Nachrichtendiensten über die im 14. Sportbericht der Bundesregierung im Kapitel E (siehe Bundestagsdrucksache 19/9150, Seite 119 – 123) genannten Aktivitäten hinaus?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Mayer  
vom 5. Juni 2019**

Über die in der Bundestagsdrucksache 19/9150 genannten Aktivitäten zum Dienst- und Ausgleichssport in der Bundesverwaltung hinaus hat die Bundesregierung mit der „Gemeinsamen Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung“ (2009) Grundla-

gen für die Einführung und Umsetzung des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) gelegt. Der Ressortarbeitskreis Gesundheitsmanagement hat im April 2014 unter Federführung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) sowie unter fachlicher Unterstützung der Unfallversicherung Bund und Bahn Eckpunkte für ein Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung formuliert und konsentiert. Darin wird ein ganzheitlicher und systematischer Ansatz verfolgt, der es ermöglicht, die Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten und somit die Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung dauerhaft zu erhalten und zu fördern. Beispielhaft wird die gesundheitsfördernde Bewegung als Möglichkeit für Maßnahmen aufgeführt. Die Ausgestaltung ist den Ressorts überlassen. Eine umfassende Zusammenstellung dazu liegt der Bundesregierung nicht vor.

23. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)

Wie viele Trainerinnen und Trainer im Spitzensport erhalten aktuell eine direkte oder indirekte Förderung aus Bundesmitteln, und wie viele von denen haben nach Kenntnis der Bundesregierung einen unbefristeten Arbeitsvertrag in Vollzeit (sofern sie es wollen), mit einem Gehalt, welches mindestens einem durchschnittlichen Gehalt einer Sportlehrerin bzw. eines Sportlehrers an einem Gymnasium entspricht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Mayer vom 5. Juni 2019**

Ein erheblicher Teil der Förderung des Spitzensports durch die Bundesregierung entfällt auf das Leistungssportpersonal der Sportfachverbände und hier vor allem auf Trainerinnen und Trainer. Die Förderung ist hierbei auf die von den Verbänden angemeldeten Bedarfe an Trainer-Stellen gerichtet. Als Ausdruck der Autonomie der geförderten Bundessportfachverbände liegt es allerdings in deren Verantwortungsbereich, ob sie die Zuwendung auf eine Position konzentrieren oder ggf. auch auf mehrere Positionen aufteilen. Dies ermöglicht auch etwa den Einsatz von Honorartrainerinnen und -trainern zur gezielten Vorbereitung auf Wettkampfhöhepunkte bzw. auch die Beteiligung an den Vergütungen für Landes- und Vereinstrainerinnen und -trainern, die Kaderathletinnen und -athleten trainieren. Somit unterliegt die Zahl der durch den Bund geförderten Trainerinnen und Trainern aus sportfachlichen Gründen Schwankungen. Zur genauen Verteilung der Fördermittel auf Vollzeit- und Teilzeitstellen ist eine Prüfung und Auswertung der Verwendungsnachweise aller Bundessportfachverbände erforderlich. Diese erfolgt turnusmäßig durch das Bundesverwaltungsamt (BVA) und ist kurzfristig nicht leistbar. Nach den Zahlen des BVA für 2017 wurden 350 hauptamtliche Bundestrainer bei den Spitzenverbänden, 82 Trainerinnen und Trainer mit einer Anstellung außerhalb des Spitzenverbands sowie 366 Honorartrainerinnen und -trainern gefördert. Die für diese Trainerinnen und Trainer gewährten Vergütungen einschließlich Prämienzahlungen belaufen sich 2017 auf 25 054 129 Euro. Die Regelung der konkreten Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen einschließlich der Entlohnung ist grundsätzlich Angelegenheit der vertragschließenden Parteien.